



Presseinformation

Schwerte, 20.03.2023

Weltklimarat mahnt schnelleres Handeln im Klimaschutz an

Auch Deutschland muss das Tempo für einen sozial gerechten Klimaschutz deutlich erhöhen

Schwerte. Der Weltklimarat veröffentlicht heute (20.03.2023) die Zusammenfassung seines 6. Sachstandsbericht. Er gilt als umfassendster Stand des Wissens zum Klimawandel. Die Quintessenz: Um die gefährliche globale Erhitzung über das 1,5°C Limit hinaus noch zu verhindern, müssen die Vertragsstaaten des Paris-Abkommens ihre Emissionen deutlich schneller reduzieren als bisher. Eine gerechte Verteilung der Lasten und die internationale Kooperation sind dabei essenziell. Hierzu erklärt Klaus Breyer, Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft (IKG) der Evangelischen Kirche von Westfalen: „Die Klimakrise ist da, die Zeit zu handeln ist jetzt. Jede Tonne vermiedener Emission, jedes Zehntel Grad an vermiedener Erwärmung verringert die Wahrscheinlichkeit zukünftiger ökologischer, sozialer und ökonomischer Krisen. Mit den bisherigen Plänen der Vertragsstaaten des Paris-Abkommens steuern wir auf eine Klimaerwärmung von 2,7 Grad zu. Das ist deutlich zu viel und wird für viele Regionen der Welt dramatische Konsequenzen haben. Um jedes Jahr die Gesamtemissionen um 1,4 Mrd. Tonnen zu senken, müssen die Staaten in ihren nationalen Klimaschutzanstrengungen deutlich nachlegen. Doch wenn wir, und damit meine ich besonders auch Deutschland als starkes Industrieland, heute konsequent auf einen transformativen Pfad Richtung Klimaneutralität setzen, haben wir eine gute Chance, die Klimakrise noch zu bewältigen. In Deutschland müssen vor allem der Verkehrs- und Gebäudesektor nachsitzen. Hier reichen die Emissionsreduktionen bei weitem nicht aus, die Bundesregierung bricht damit letztlich ihr eigenes Klimagesetz. Notwendig wäre für die Erreichung der Ziele stattdessen ein Investitions- und Maßnahmenpaket von mindestens 100 Mrd. Euro, um Klimaschutzmaßnahmen in allen Sektoren umzusetzen und die soziale Sicherheit zu stärken.“

Sven Rudolph, Klimaexperte am IKG, ergänzt: „Ohne Klimagerechtigkeit gibt es keinen effektiven Klimaschutz, weder hier in Deutschland noch im Rest der Welt. Die Industrieländer sind maßgeblich für den Klimawandel verantwortlich. Daher müssen die den wirtschaftlich schwächeren und vom Klimawandel besonders stark betroffenen Ländern gemachten Versprechen zur Klimafinanzierung und zur Bewältigung von Schäden und Verlusten umgehend umgesetzt werden. Deutschlands neue Klimaaußenpolitik steht hier in der Pflicht. Aber auch in Deutschland selbst sind viele Hausaufgaben eines sozial gerechten Klimaschutzes noch nicht gemacht. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Klimageld steckt weiterhin im FDP-geführten Finanzministerium fest. Es soll gerade ärmere Haushalte von hohen CO₂- und Energiepreisen entlasten. Eine Einführung erst ab 2025, wie von Klimaminister Habeck jüngst angekündigt, kommt viel zu spät. Hier bedarf es deutlich mehr Tempo, damit Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden können.“